

# Bundesverkehrsminister erhält bald Pläne für Ortsumgehung

Schottener Straßenbauamt hat Planung für Reiskirchen und Lindenstruth abgeschlossen

REISKIRCHEN (vb). „Wir sind von unser Planung absolut überzeugt“, betont Egon Weiß, der stellvertretende Leiter und Pressesprecher des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) in Schotten. Diese – eigentlich selbstverständliche – Aussage bezieht sich auf die Pläne für die seit Jahrzehnten gewünschte Ortsumgehung für Reiskirchen und Lindenstruth.

„Viele kleine Schritte sind noch nötig“, so lautete im Februar dieses Jahres eine Überschrift im Anzeiger über den Fortgang des Projektes. Nächster kleiner Schritt: Im Oktober sollen die Planunterlagen an das Bundesverkehrsministerium übergeben werden.

Nach einer „fachtechnischen Prüfung“, so Weiß, erteilt das Ministerium dann den erhofften „Sichtvermerk“. „Das Ministerium behält sich vor, bei so wichtigen Vorhaben nochmals die Unterlagen zu prüfen“, erklärte er. Schließlich geht es auch um eine Bausumme von geschätzten zehn bis zwölf Millionen Euro. Der „Sichtvermerk“ ist dann die Grundlage für weitere Verfahrensschritte. Wie lange das ASV darauf warten muss, lässt sich nicht einschätzen. Weiß rechnet mit einem Zeitraum zwischen drei und sechs Monaten.

Anschließend gehen die Unterlagen an das Regierungspräsidium (RP) in Gießen, das als Planfeststellungsbehörde fungiert. Alle Beteiligten, also die Naturschutzverbände, die Behörden, die betroffenen Kommunen und viele mehr, erhalten die Planungen für die knapp 4,5 Kilometer lange Trasse und können dazu Stellungnahmen abgeben. Außerdem liegen die Pläne für die Umgehungsstraße in Reiskirchen aus, so dass die Bürger ihre Anregungen und Bedenken vorbringen können. Schließlich beruft das RP einen Erörterungstermin ein, zu dem alle Beteiligten und auch die Bürger eingeladen sind, um mögliche Konflikte zu besprechen. Daraufhin erstellt das RP eine Stellungnahme für das Verkehrsministerium in Wiesbaden, das den Planfeststellungsbeschluss, quasi die Baugenehmigung, erteilt.

## Zeitperspektive unklar

So schildert der stellvertretende Amtsleiter den Verfahrensweg. Wie lange das dauern wird, vermag er nicht einzuschätzen. „Der A 5-Abschnitt Fernwald hat zum Beispiel ein Jahr gedauert von der Antragstellung bis zur Beschlussfassung“, schildert er. Es habe aber auch schon Bauvorhaben gegeben, die sich über zehn Jahre hingezogen hätten. „Das erwarten wir hier aber nicht“, macht er klar.

„Wir haben unsere Hausaufgaben ge-

macht“, betont der stellvertretende Amtsleiter und verweist auf die „große Sorgfalt“ („weil Nachbessern sehr viel Zeit kostet“) und die „aktuellen Planungen aus einem Guss“, die alle gesetzlichen Vorgaben zum Naturschutz aufarbeite. „Wir sind für das Verfahren gut gerüstet und gehen da optimistisch hinein.“

Auch wenn man versucht habe, mögliche Konflikte im Vorfeld auszuräumen, weiß Weiß um die Gefahr von juristischen Auseinandersetzungen. Gegen den Planfeststellungsbeschluss des Ministers kann man klagen.

Über die jüngste Pressemitteilung der Grünen, die die Planungsdauer für die Südumgehung kritisiert und erneut die Nordvariante favorisiert hatten, wollte der Pressesprecher sich nicht weiter auslassen. „Nord oder Süd – darum geht es nicht mehr. Das ist entschieden.“

Entschieden ist hingegen noch nicht, wann der Bund das Geld – die besagten zehn bis zwölf Millionen Euro – für den Bau der Trasse zur Verfügung stellt. Der „Sichtvermerk“ des Bundesverkehrsministeriums sei diesbezüglich kein Indiz, so Weiß. Somit bleibt fraglich, wann in Reiskirchen tatsächlich die Bagger rollen. Bürgermeister Holger Sehr hatte sich bei einer Bürgerversammlung im Februar optimistisch bezüglich eines Baubeginns 2009 geäußert. Das wären damit immerhin 40 Jahre nach den ersten Diskussionen über eine Umgehungsstraße.